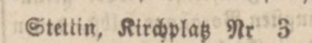
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 U
Stettin, Kirchplatz Nr 3



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 31. Juli 1881. Nr. 351.

Berlin, 30. Juli. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 164. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn zu 60,000 Mk. auf Nr. 42673.

3 Gewinne zu 15,000 Mk. auf Nr. 16743 19664 49586.

8 Gewinne zu 6000 Mk. auf Nr. 35808 43930 53758 54065 55437 74591 87913 92437.

43 Gewinne zu 3000 Mk. auf Nr. 506 886 1104 17747 17885 17995 19602 21508 23238 23258 25658 27171 27624 28041 32005 32457 33779 35059 38726 42079 43165 43551 46862 47125 50052 50205 50453 52953 53620 57675 64506 65449 70081 73291 75017 75787 85173 89722 92951 93444 94373 94552 94853.

63 Gewinn zu 1500 Mk. auf Nr. 2310 3855 6727 10680 14324 16465 18455 22030 23823 26599 28142 29169 31254 35007 38355 38368 38811 39908 40144 40174 40730 41456 43955 48823 49122 51189 51324 54123 55260 56548 56587 57390 57704 57932 59517 61302 62602 62877 63220 64364 64830 68289 68403 69509 73195 74654 78175 78424 78665 78734 80741 82210 83166 84875 85841 88031 89293 90716 91035 91289 92687 93412 94156.

72 Gewinne zu 900 Mk. auf Nr. 366 531 931 1240 3366 4546 5244 5245 5542 6867 7557 7931 10102 11694 12112 12383 12412 14812 17450 18130 18347 19902 23283 24040 24381 27286 28418 28525 29553 29558 29582 30165 30671 31224 31723 32864 33894 34988 35644 38310 38781 42595 44225 50868 51537 54731 56083 57031 57711 59850 60382 62661 65148 66122 67658 67787 71550 72744 73253 73787 74799 80000 80347 82837 83897 85288 85302 86795 86924 87086 88217 90279.

Deutschland.

Berlin, 29. Juli. Bekanntlich ist vom früheren Kultusminister Dr. Falk ein Gesetzentwurf, betreffend die Anlegung von Gemeinde-Begräbnißplätzen, welche der kirchlichen Aufsicht ganz entzogen bleiben, ausgearbeitet worden. In diesem Entwurf ist ausgesprochen, daß die jetzigen kirchlichen Begräbnißplätze nicht expropriirt, aber auch nicht erweitert, oder durch neue ersetzt werden dürfen und daß die neu anzulegenden Friedhöfe den bürgerlichen Gemeinden zu unterstellen sind. Wie wir hören, hat man an maßgebender Stelle einstweilen von der Lösung der Kirchhofsgesetzesfrage vollständig Abstand genommen, und — zwar abgesehen davon, daß die Minister des Innern und des Kultus nicht geneigt sind, den konfessionellen Charakter der Kirchhöfe aufzuheben — hauptsächlich deshalb, weil die Regelung der Frage wegen Entschädigung der Kirchen für den Verlust der Einnahmen aus der Ueberlassung von Grabstellen, Erbbegräbnissen, der Bewilligung von Grabdenkmälern 2c. großen Schwierigkeiten begegnet. Es wird nämlich für ganz selbstverständlich erachtet, daß die Abfindung der Kirchen von den Kommunen zu tragen sein würde; letztere sind aber, wie die von der Regierung veranstalteten statistischen Erhebungen über ihre finanziellen Verhältnisse ergeben, zum größten Theil nicht in der Lage, neben den laufenden Verpflichtungen noch neue zu übernehmen. Es ist also noch gar nicht abzusehen, wann der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1875 zur Ausführung kommen und damit folgendem Ausspruch Waldecks Rechnung getragen wird: „Wenn im Leben sich schon die Konfessionen in allen Punkten einander nähern können, die das konfessionelle Element nicht berühren, auch in zahlreichen Punkten, wo die Konfessionen übereinstimmen, so mögen wir wohl sagen, daß die Annäherung im Tode weder dem Einen noch dem Anderen Schaden bringen kann."

Berlin, 30. Juli. Das „D. Tagebl." schreibt:

Professor Bluntschli in Heidelberg ist, wie es scheint, noch lange nicht auf den Standpunkt eines praktischen Politikers gelangt. Derselbe stellt in seinen soeben ausgegebenen Essays, betitelt: „Kleine Schriften" einen neuen Plan über die Bildung und die Funktionen eines europäischen Staatenbundes auf, in welchem er ungefähr Folgendes ausführt: Ein Bundesstaat ist mit der Souveränetät der einzelnen Mächte unverträglich; aber nicht so ein Staatsbund oder eine politische Konföderation, deren hauptsächlichstes Bestreben darin bestehen würde: die Unabhängigkeit, die Unverletzlichkeit und die Freiheit der verschiedenen Staaten aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zwecke theilt der gelehrte Verfasser ganz Europa in drei Kategorien: 1) die sechs Großmächte, 2) die Westmächte, nämlich: Spanien, Portugal, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen und die Schweiz und 3) die Ostmächte: die Türkei, Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro. Alle diese Mächte sollten eine Konföderation bilden, die ihren Ausdruck in einem Bundesrathe fände, in welchem den Mitgliedern der Großmächte 2 Stimmen, den übrigen 1 Stimme zuständen, und außerdem in einem Senate oder Repräsentantenhause, zu welchem die Großmächte 8 bis 10, die übrigen 4 bis 5 Mitglieder zu ernennen hätten. Die Verhandlungssprachen sollten: Englisch, Französisch und Deutsch sein. Die Senatoren würden Reisekosten und Diäten erhalten, welche im Verhältniß von den einzelnen Verbandsstaaten zu zahlen seien; die Präsidentschaft aber sollte nur unter den verschiedenen Großmächten abwechseln. Auch der Versammlungsort sollte abwechseln, aber niemals in eine der Großstädte oder sozialen Centren gelegt werden, um damit jede Beeinflussung des europäischen Areopags zu verhindern. Die Beschäftigung desselben sollte zunächst in der Schaffung internationaler Gesetze bestehen, um anstatt bloßer Gebräuche feste gesetzliche Normen zu erhalten; zweitens: in der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens — letztere Funktion sollte hauptsächlich den Mitgliedern des Bundesrathes übertragen werden; im Uebrigen solle derselbe über die internationale Verwaltung Bestimmungen zu treffen haben. Die exekutive Gewalt würde alsdann von der mächtigen Organisation des Kollegiums der sechs Großmächte ausgeübt werden und nur solche Beschlüsse, welche durch den Senat und durch zwei Drittheile des Bundesraths genehmigt seien, ausgeführt werden dürfen. Dies ist kurz der neue Plan des Professor Bluntschli. — Das englische Weltblatt, die „Times", macht dazu die ironische Bemerkung: Wenn Fürst Bismarck erführe, wie der Heidelberger Professor ganz Europa unter denselben brüderlichen Hut zu bringen vorschlüge, würde er es sicherlich bitter bereuen, daß er diesen internationalen Philosophen nicht unter seine Räthe genommen habe, bevor er in wirklichem Ernste daranging, Deutschland zu einigen.

— Das englische Unterhaus nahm gestern nach einer Debatte von $5^1/_2$ Stunden die irische Landbill in dritter Lesung mit 220 gegen 14 Stimmen an. Der Führer und die große Mehrheit der konservativen Partei und mehrere Parnelliten enthielten sich der Abstimmung. Im Laufe der Debatte erklärte Healy, der Dank für die Bill gebühre den im Gefängniß schmachtenden Agitatoren, aber nicht der Regierung.

— Aus der Provinz geht der „N. A. Z." nachfolgendes Schreiben zu, das dieselbe als das Urtheil eines Sachverständigen in der Frage der Unfallversicherung unverkürzt und auch in der Form unverändert wiedergiebt, ohne daß wir uns, wie es einer fremden subjektiven Auffassung gegenüber eigentlich selbstverständlich, mit allen Einzelheiten der Zusendung identifiziren wollen. Die Zuschrift lautet:

Gestatten Sie dem Unterzeichneten in der Eigenschaft als Staatsbürger sowohl, wie auch in der als Fachmann, seine Meinung, welche auch, wie er überall gefunden, die Meinung der Interessenten und des großen Publikums ist, über die wahrscheinlich in nächster Session wieder aufs Tapet kommende Reichs-Unfallversicherung Ihnen mittheilen zu dürfen.

Abgesehen von meiner individuellen politischen Anschauung, nach welcher ich wünsche, daß dem Reiche so viel Kompetenzen wie nur möglich zugestanden werden, ist es zu verwundern und kaum glaublich, wie einige Rädelsführer im verflossenen Reichstage sich gegen die große aber ganz natürliche Idee einer Reichsversicherung auflehnen, und andere zu einer solchen Auflehnung verleiten konnten, einem ganz kleinen Bruchtheil der Gesammtbevölkerung (vielleicht) zum Gefallen.

Das Wesen der Staatsgemeinschaft bedingt und erfordert den Betrieb gemeinnütziger Institute zum Wohle der Individuen genannten Verbandes und zum Schutz gegen die Ausbeute einzelner Spekulanten. Es würde in kurzer Zeit nach Einführung einer Reichsversicherung das Vertrauen zu derselben ebenso groß und unbegrenzt sein, wie es bei der Post, Telegraphie und anderen gemeinnützigen Staatsinstitutionen durchweg bereits ist; es würden seitens des Staates nicht solche Mittel gebraucht werden, um sich der Verpflichtung zu entziehen, wie dies jetzt bei den Privatversicherungen häufig der Fall ist, indem man armen Verunglückten eine überaus winzige Abfindungssumme bietet unter dem Vorwande, es auf einen jahrelangen Prozeß (während welcher Zeit man noch hungern müßte) ankommen lassen zu wollen 2c Es würden Prozesse nur um das „Wieviel" des Schadenersatzes, nicht aber um das „Ob" entstehen, und wenn die Fassung des bezüglichen Gesetzes-Paragraphen recht präzis ist, kaum um Ersteres.

Mit Freuden sollte man die große Idee begrüßt und mit Beifall aufgenommen haben und zufrieden darüber sein, daß endlich einmal in die Unsicherheit des Versicherungswesens eine Sicherheit und gesunde Handhabe hineingebracht werde.

Es ist wirklich lächerlich, wenn von einigen Wortführern Phrasen angewandt werden, „daß etwas Beschämendes sowohl für die Arbeitgeber, als für die Arbeitnehmer in solcher Institution läge", indem sie als Armenunterstützung bezeichnet wird, und daß seither die Arbeiter als ihr Recht gefordert und die Arbeitgeber als ihre Pflicht anerkannt hätten: „Die verunglückten Arbeiter innerhalb der gesetzlich bestehenden Grenzen materiell zu entschädigen", und wie die derartigen Phrasen weiter heißen. Gerade das Umgekehrte dieser Phrasen entspricht den Gefühlen sowohl der Interessenten, als denen des großen Publikums und zwar wegen des Bewußtseins der eigenen Beiträge.

Jeder vernünftige Staatsbürger wird, wie er sich dem Schulzwange, dem Militärdienstzwange, dem Impfzwange unterwirft, von denen er anerkennen muß, daß er im Interesse der Existenz des Staates geübt wird (wenngleich auch gegen diese Zwangsarten Viele schreien), auch einem gesetzlichen Zwang nach dieser Richtung hin sich unterwerfen.

Es kommt nur darauf an, daß das bezügliche Gesetz in solcher Form vorgelegt wird, daß es das Wohlgefallen der Interessenten und des großen Publikums erhält. Hierzu gehört zunächst, daß außer den Arbeitern, welche in der ersten Gesetzesvorlage als zwangsweise anzuhalten benannt waren, und welche etwa die Hälfte des gesammten Arbeiterstandes repräsentiren, auch die andere Hälfte als freiwillig beitragsberechtigte zugelassen werden, für welche Letztere die Tarifirung nach den verschiedenen Gefahrenklassen ebenso leicht zu bemessen ist, damit der Vorwurf der Bevorzugung oder Zurücksetzung in Wegfall kommt. Ferner, daß namentlich von vornherein für das Vorhandensein eines ausreichenden Reservefonds Sorge getragen wird, damit die Verbindlichkeiten, welche in Form von Renten, Pensionen oder Kapitalversicherungen an die Anstalt herantreten, ohne spätere Prämienerhöhung erfüllt werden können, da selbstverständlich die Zahl der rentenberechtigten Invaliden, Wittwen und Waisen bis zum 15.—20. Jahre des Bestehens der Anstalt mit jedem Tage wächst und eine Waage durch Tod ausscheidender Empfänger erst nach dieser Zeit entsteht. Daß ferner die Zusicherung gegeben wird, daß zu den Revisionen, Regulirungen u. s. w. nur Beauftragte ernannt werden sollen, welche befähigt sind, ihre Aufträge taktvoll und mit Verständniß auszuführen, um dadurch auch das Gespenst der Polizeischerereien zu verscheuchen 2c 2c.

Es ist nicht zu leugnen, daß der erste Entwurf Mängel mancherlei Art enthielt, und daß die qu. Kommission des Reichstags dieselben nicht nur nicht abgestellt, sondern das ganze Gesetz noch mehr verstümmelt und unmöglich gemacht hat. Seit dem Bestehen der Unfallversicherungen habe ich als Oberbeamter in der Assekuranz den externen und internen Dienst geübt, bin mit den Arbeitgebern, als auch oftmals mit den Arbeitern selbst in Berührung und nahen Verkehr gekommen und habe namentlich auf die Stimmung der Interessenten geachtet, als das qu. Gesetz im Schweben war. Ich habe aber nirgend eine Antipathie gegen das Prinzip, sondern nur eine solche gegen die etwa damit verbundenen Polizeischeerereien gefunden, und nur die Furcht vor letzterer (welche ja auch von den Phrasenmachern immer als Schreckgespenst vorgehalten worden) konnte einen Theil der Interessenten gegen dasselbe einnehmen. Ohne diese Furcht wäre keiner von ihnen dagegen gewesen, indem sie ganz richtig folgerten, daß die Prämien kaum so hoch sein würden, als bei den Privatgesellschaften.

— Die Konfiskationen österreichischer Blätter haben in den letzten Tagen an Zahl zwar etwas nachgelassen; daß indeß die Regierung nach wie vor entschlossen ist, von der ihr zu Gebote stehenden Macht in vollstem Umfange Gebrauch zu machen, zeigt sich in jedem Falle, sobald ein liberales Blatt es wagt, die öffentlichen Zustände freisinnig zu besprechen. Nicht weniger als 26 Konfiskationen publizirte kürzlich die amtliche „Wiener Ztg."; darunter ist die verfassungstreue Presse allein mit 13 Nummern vertreten. Heute ist es die „Neue Freie Presse", welche von ihrem Geschick ereilt worden ist. Inkriminirt ist ohne Zweifel der Leitartikel, welcher an die bevorstehende Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Deutschland sehr trübe Betrachtungen knüpft. Das Blatt nennt das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland den hellsten, ja den einzigen Lichtblick in diesen traurigen Tagen, das Bündniß mit Deutschland bilde den festen Punkt, an dem auch die Offiziösen nicht zu rütteln wagen, trotz des seltsamen Widerspruchs zwischen dieser Freundschaft mit Deutschland und den Zielen, welche die gegenwärtig in Oesterreich am Ruder befindlichen Parteien, Polen, Czechen, Ultramontane, verfolgen. Angesichts dieses Widerspruchs lasse sich die Befürchtung nicht unterdrücken, das deutsch-österreichische Bündniß, die einzige werthvolle Frucht all der diplomatischen Bemühungen und Irrungen der letzten Jahre, möchte einmal von denselben Mächten zerstört werden, welche die Deutsch-Oesterreicher zum Aschenbrödel herabzudrücken suchen. Nicht daß der Bruch von Deutschland ausgehen werde, denn wenn auch die czechischen Exzesse im deutschen Volke Unwillen erregt hätten, so werde doch von Berlin aus keine Einmischung in inneröstereichische Angelegenheiten versucht werden. Nein, die Gefahr, welche das deutsch-österreichische Bündniß bedrohe, liege in Oesterreich selbst.

„Wer bürgt uns dafür," heißt es wörtlich, daß die antideutsche Politik, die unsere inneren Zustände beherrscht, nicht endlich Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gewinne; daß dieselben Hände, welche so geschäftig das Kleid der Versöhnung, dies Nessushemd der Deutsch-Oesterreicher, weben, nicht in die Beziehungen Oesterreichs zum Auslande eingreifen, daß die alte deutsche Monarchie nicht slavische Zwecke zur Richtschnur ihres Auftretens in großen europäischen Fragen erhebt und das Bündniß mit Deutschland, das Slaven und Römlingen gleich unbequem ist, über Bord wirft? Hat es je einen Staat gegeben, der einer nationalen Großmacht verbündet war und dabeim den ärgsten Feinden dieser Nationalität alle Wünsche befriedigte, sie begünstigte und emporhob? Was jetzt in Oesterreich vorgeht, hat nur Ein Beispiel in der Geschichte; es mahnt an die Politik der französischen Könige, die deutschen Protestanten mit Geld und Waffengewalt zu unterstützen, während sie die Hugenotten im eigenen Lande verfolgen, einkerkern und niedermetzeln ließen. Diese Politik war abscheulich, aber praktisch; die französischen Staatsmänner wollten ja das deutsche Reich zerstören, sie dachten nicht daran, seine Freunde zu sein. Der Widerspruch zwischen der innern und der äußeren Politik Oesterreichs dagegen — welches praktische Ziel könnte er verfolgen, welchen Nutzen für uns bringen? Vergebens mühen wir uns ab, diese Frage zu beantworten. Wir sehen die Gefahr für das deutsch-österreichische Bündniß näher und näher rücken, und es beschleicht uns bange Sorge bei dem Gedanken, welcher ungewissen Zukunft wir preisgegeben wären, wenn eines Tages die auswärtige Politik Oesterreichs den Slaven ausgeliefert würde? Nicht für uns, nicht für unsere Nationalität würden wir dann zittern, sondern . . . wir überlassen es unseren Lesern, den Satz zu vollenden."

Die Polizei hat allerdings jetzt den Lesern der „N. Fr. Pr." die Mühe abgenommen, den

Satz zu vollenden, indem sie den Vordersatz konfiszirte.

— Der räuberische Ueberfall, welchen die Araber soeben in der unmittelbaren Nachbarschaft von Tunis, ganz in der Nähe des französischen Hauptquartiers von Manuba unternommen haben, muß die Franzosen belehren, wie wenig die geplante Pazifikation der Regentschaft bisher gelungen ist. Ueber die jüngsten Vorgänge selbst, denen vier Europäer und drei Araber auf dem Wege von Tunis nach Soliman zum Opfer fielen, liegen nunmehr ausführliche Mittheilungen vor. Am 27. Juli traf in Tunis ein Kurier aus der 20 Kilometer entfernten Ortschaft Soliman ein, welcher versicherte, daß am Vormittag mehrere hundert arabische Reiter bis in die Gegend von Radas vorgedrungen wären und unterwegs eine Anzahl Personen getödtet hätten. Diese Nachricht rief selbstredend eine allgemeine Panik hervor; der Bey ließ die Schiffsbrücke zwischen Rades und La Goletta abbrechen, aus Besorgniß, die Aufständischen würden ihre Razzia bis nach der Hauptstadt selbst ausdehnen. Andererseits sandte der Oberstkommandirende im französischen Hauptquartier von Manuba unverzüglich Kavalleriedetachements ab, welche rekognosziren sollten. Hierbei wurde festgestellt, daß die Insurgenten dem Tribu der Zlaß angehören, der noch unlängst, und zwar gleichfalls in der Nähe der Hauptstadt, den Grundbesitz des Bey geplündert hat. Daß die französische Heeresführung den Vorgängen große Bedeutung beilegt, geht daraus hervor, daß umfassende Vorsichtsmaßregeln angeordnet worden sind. Der „Nat.-Z." wird hierüber gemeldet:

P a r i s, 29. Juli. Der größte Theil der französischen Mittelmeerflotte wird heute im Hafen von La Goletta ankommen und soll vorläufig dort bleiben, um nöthigenfalls zum Schutze der Hauptstadt mitzuwirken. Die Flotte hat 1500 Marinesoldaten an Bord.

Andererseits ist eine Okkupation von Tunis selbst in Aussicht genommen, zumal die tunesische Armee allmälig beinahe vollständig zu den Aufständischen übergegangen ist. Auch in Sfakes sind die Franzosen bemüht, sich häuslich einzurichten, soweit der Zustand der Verwüstung an diesem Orte es zuläßt. Bezeichnend ist, daß der kommandirende Oberst Jamais, nachdem die Plünderung erfolgt ist, post festum angeordnet hat, daß jeder Soldat, dere inen Gegenstand entwenden würde, vor das Kriegsgericht gestellt werden soll. Inzwischen ist auch die Insel Djerba, unweit der tripolitanischen Grenze, von den französischen Truppen besetzt worden, so daß die Okkupation im Norden und Osten Tunesiens nur noch wenig Lücken aufweist. Dagegen dauern die Unruhen im Innern der Regentschaft fort, woselbst auch die zahlreichen Ueberreste der bei Sfakes zurückgedrängten Aufständischen eingetroffen sind.

— Der russische Nihilistenführer Hartmann, dessen Kreuz- und Querzüge in ein mystisches Dunkel gehüllt sind, soll nun von London in Newyork angekommen sein. Ein Redakteur des „Newyork-Herald" interviewte ihn am Donnerstag, wie „W. T. B." aus Newyork meldet, und erfuhr von Hartmann, daß er Amerika als Delegirter des Exekutiv-Komitee's der russischen revolutionären Partei bei dem amerikanischen Volke besuche; er werde nach Rußland zurückkehren, sobald es die Umstände erlaubten.

Ausland.

Wien, 28. Juli. Der Besuch, welchen der Kaiser Franz Josef auf seiner Reise zur Besichtigung der Voralberger Tunnelbauten auf Schloß Mainau dem badischen Hofe und den dort anwesenden Königen von Sachsen und Würtemberg abstatten wird, beschäftigt in erster Reihe unsere politische Welt. Es kann nicht überraschen, daß diese auf der Insel Mainau bevorstehende Entrevue des Kaisers von Oesterreich mit den deutschen Souveränen zu den Kombinationen führte, daß sie eine demonstrative Kundgebung der Macht und Unerschütterlichkeit der deutsch-österreichischen Allianz in dem gegenwärtigen, keineswegs die Erhaltung des europäischen Friedens verbürgenden Zeitpunkte zur Warnung für gewisse diesen Frieden bedrohende Gelüste bezwecke.

Diese Auffassung mag in der großen Menge unserer Eintags- und Caféhaus-Politiker vollen Glauben finden, in jenen Kreisen aber, welche seit der Berufung des Grafen Taaffe an die Spitze der Geschäfte die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse mit tieferen Blicke verfolgten, begegnet diese Auslegung des Zweckes der Mainauer Fürsten-Entrevue dem entschiedensten Widerspruche. In diesen Kreisen wird der Ueberzeugung laut Ausdruck gegeben, daß Kaiser Franz Josef wahrlich nicht den Fuß über das Weichbild seiner Residenz hinauszusetzen braucht, um die Unerschütterlichkeit des deutsch-österreichischen Zusammengehens vor Europa oder etwaigen Friedensstörern zu dokumentiren. Mehr als ein Moment führte aber in diesen Kreisen zu dem Schlusse, daß der Strammheit, mit welcher Graf Taaffe die Zügel zur Realistrung seines „Versöhnungs-Programmes" anzieht, auch noch ein weiteres Ziel zu Grunde liegen dürfte. Man neigt daher zu der Annahme hin, daß die Mainauer Fürsten-Entrevue zu einer Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen gegen jene von Außen und im Innern die Massen in Oesterreich und Deutschland beeinflussenden und aufreizenden Elemente führen werde, welche es der konstitutionellsten Regierung zur Unmöglichkeit machen würden, ihre Autorität zu behaupten. Wie man diese Elemente nennen will, das bleibt sich gleich, vielleicht kommt die Meinung dem eigentlichen Zwecke des Mainauer Fürstentages am nächsten, welche dahin geht, daß er gegen den in Oesterreich und Deutschland wild überwuchernden Liberalismus die Spitze kehrt. (D. T.)

Provinzielles.

Stettin, 31. Juli. Aus Arnhausen bei Polzin erhält die „Kösl. Ztg." Nachricht über einen entsetzlichen Gattenmord. Am Donnerstag den 14. d. M. früh vermißte man den Eigenthümer Friedr. Barüske, auf dem dortigen Abbau wohnhaft. Auf Befragen gab die Ehefrau desselben, Albertine geb. Maaß, so ausweichende und widersprechende Antworten, daß sich sogleich der Verdacht, sie habe ihren Mann ermordet, auf sie lenkte. Auch sprach die Frau von einer Reise, die ihr Mann in die Nähe von Bublitz unternommen habe, um auf ein Dokument eine Anleihe von 1200 M. zu machen. Der Sohn des Barüske aus erster Ehe, im Alter von etwa 25 Jahren, hatte in dieser Zeit eine 8tägige Haft in Polzin abzubüßen, aus der er Freitag, den 15. zurückkehrte. Bei seiner Rückkehr fand er den Vater nicht vor. Auch ihm drängte sich der Verdacht der Ermordung auf. Außerdem hatte die Frau Barüske zu ihrer Mutter schon vor Jahren geäußert: der Sohn sei ihr nur im Wege, sonst werde sie den Mann schon bei Seite schaffen. Diese Worte hat der Ermordete damals selbst hinter einer Wand verborgen gehört. Am Montag, den 18. wurde schon von polizeilicher Seite in Bublitz Nachfrage gehalten, ob Barüske dort angekommen sei. Dienstag, den 19., Nachmittags 5 Uhr, wurde die Leiche des Barüske in der Nähe seiner Wohnung in einer Torfgrube, nur mit einem Hemde bekleidet, gefunden. Die Leiche schwamm auf dem Wasserspiegel. Der Amts-Vorsteher ließ nun die Frau und deren außereheliche Tochter sogleich zum Amtslokal führen, um den Thatbestand festzustellen. Da aber Beide hartnäckig leugneten, so wurde die Frau in's Amtsgefängniß, am andern Morgen nach Polzin vor den Richter und demnächst in das dortige Gefängniß geführt. Auf Requisition der königlichen Staatsanwaltschaft nahmen der Richter und zwei Aerzte am 21. die Obduktion der Leiche an Ort und Stelle vor. Diese ergab, daß Barüske mit der Axt erschlagen sei und zwar hatte er einen Hieb mit dem Rücken der Axt in die rechte Schläfe, drei Hiebe mit der scharfen Axt über die Brust und über die Beine, welche drei Beinbrüche zur Folge hatten. Die Sektion ergab ferner, daß B. durch den Kopfhieb getödtet sei. Vermuthet wird, daß die Frau die Leiche auf einer sogenannten Kumkarre in die nahe Torfgrube gebracht hat Das Bettstroh war vom Blute durchrieselt, am Bettfuß waren ebenfalls Blutspuren. Alles Uebrige war gereinigt. Ob die Tochter der B. bei der That selbst zugegen gewesen, kann noch nicht behauptet werden, wohl aber scheint sie darum gewußt zu haben, denn sie hat bei der Reinigung des Zimmers insofern Hand angelegt, als sie um halb fünf Uhr schon Sand zum Streuen hat herbeiholen müssen. Barüske, ein Mann von 57 Jahren, selbst war ein durchaus nüchterner und bescheidener Mensch; nur war er in letzter Zeit etwas träge in der Bewirthschaftung seines Grundstücks geworden, und zwar wohl daher, weil die 39jährige Frau faul und schmutzig war. Daß die Eheleute in häufigem, offenbarem Zwist gelebt haben, ist nicht bekannt geworden. Sie ist seine zweite Gattin und sind zwei Kinder dieser Ehe entsprossen.

— Wir sind in der Lage, unseren Lesern mittheilen zu können, daß Herr Feuerloh, der die Verhandlungen mit dem Aufsichtsrath der Stettiner Straßen-Eisenbahn definitiv abgebrochen hat, mit den Herren Siemens & Halske in Berlin eine Vereinbarung behufs Erbauung einer e l e k t r i s c h e n Bahn getroffen hat. Dieselbe soll vom Berliner Thor über fiskalisches Terrain in die bereits hergestellte Strecke nach Bellevue und bis zur sogenannten „Himmelsleiter" gehen. Die Wagen dazu sind bereits gekauft. Damit aber eine Bahnverbindung mit Bellevue noch rechtzeitig erfolgen kann, wird vorläufig, d. h. in ungefähr 14 Tagen die Strecke Friedrichstraße-Bellevue mit Pferden befahren werden und sollen dazu dieselben Waggons benutzt werden.

— Wir machen unsere Leser nochmals auf die am Montag im Bellevue-Theater stattfindende Benefiz-Vorstellung des Herrn S u s k e aufmerksam, zu der der beliebte und überaus begabte Künstler das effektvolle Schauspiel Wartenbergs, „D i e S c h a u s p i e l e r d e s K a i s e r s" gewählt hat. Wünschen wir dem Benefizianten zu seinem Ehrenabend ein volles Haus, künstlerischer Erfolg wird ihm gewiß sicher sein!

— Eine wichtige Entscheidung für Lotteriespieler ist kürzlich vom Reichsoberhandelsgericht erfolgt. Dieselbe lautet: Jeder Lotteriespieler ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, dasselbe Loos in der folgenden Klasse zu spielen. In dem Rechtsverhältniß zwischen Spieler und Kollekteur kommen die Bestimmungen des Planes nur soweit zur Geltung, als nicht anderweitige Vereinbarungen zwischen beiden getroffen worden sind. Wenn nun ein Kollekteur, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch thatsächlich (durch fortgesetzten Usus zum Beispiel) darauf verzichtet hat, sich im Falle nicht pünktlicher Zahlung der Einlagegelder vom Vertrage loszusagen, so kann er wohl die Loose fernerer Klassen bei nicht rechtzeitiger Einlage retiniren, nicht aber einseitig ohne weiteres vom Vertrage abgehen, letzteres vielmehr nur dann, wenn er dem Spieler dies unter Gewährung einer angemessenen Frist zur Nachzahlung des Versäumten rechtzeitig angedroht hat. Unterläßt der Kollekteur dies, so ist er den eventuell auf das betreffende Loos fallenden Gewinn dem Spieler auszuzahlen, verpflichtet; denn es ist ihm nicht verstattet, sich in die Lage zu versetzen, das Resultat der Ziehung abzuwarten und, je nachdem das Loos des säumigen Spielers mit einem Gewinn oder einer Niete herausgekommen, den Vertrag zu halten, oder von ihm abzugehen, also lediglich auf Kosten des Spielers zu spekuliren.

— Der Postdampfer „Titania" ist mit 130 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Dienstag und Freitag früh eingetroffen, und mit 135 Passagieren am Mittwoch und Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

— Das Regatta-Komitee für die erste nationale R u d e r - R e g a t t a bei Berlin hat den 11. September als Termin für dieselbe bestimmt. Zur Ruderbahn ist der Lange See bei Grünau in Aussicht genommen, dessen Breite und leicht zugängliche Ufer das denkbar günstigste Terrain in der Umgebung Berlins für diesen Zweck bilden. Auch ist bereits ein provisorisches Programm mit den, 10 Paragraphen enthaltenden Wettfahrtsbestimmungen veröffentlicht worden. Diesem Programm zufolge sollen zehn einzelne Races abgehalten werden, in denen die verschiedensten Boote zur Konkurrenz gelangen können und von denen wohl das für vierrudrige Outrigged Race-Boote (Werth: Ehrenpreis und drei Medaillen, Einsatz pro Boot 40 Mark) das interessanteste zu werden verspricht. Die Länge der Wettfahrten wird für drei 2500 Meter, für die übrigen sieben 2000 Meter betragen, und zwar gerade Bahn ohne Drehpunkt. Als Nennungsschluß ist der 13. August festgesetzt worden und ist heute schon mit Bestimmtheit auf eine rege Betheiligung, besonders auch seitens auswärtiger (Hamburger, S t e t t i n e r ꝛc.) Vereine zu rechnen.

— Der Stettiner Lloyd-Dampfer „Kätie" trifft heute Sonntag Nachmittag zwischen 3—5 Uhr hier ein.

— Der Stettiner Dampfer „Olga", Kapitän Pfeiffer, ist am Sonnabend Mittag mit Personen und Gütern nach Riga abgegangen.

— In einer am Freitag Abend stattgefundenen Versammlung des liberalen Wahlvereins zu Grabow wurden als Kandidaten für den Wahlkreis Randow-Greifenhagen die Herren Staatsminister a. D. Dr. D e l b r ü c k und Graf v o n A r n i m - S c h l a g e n t h i n, der Besitzer von Nassenheide genannt. Letzterer hat sich bereits bereit erklärt, ein Mandat anzunehmen. Die definitive Aufstellung eines Kandidaten ist noch nicht erfolgt.

— Dem Gerichtsschreiber Sekretär a. D. G r ü n e w a l d in Bütow ist aus Anlaß seiner Versetzung in den Ruhestand der Charakter als Kanzleirath verliehen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. E l y s i u m: „Der liebe Onkel." Schwank 4 Akten. Vorher: „Die Schwäbin." Lustsp 1 Akt. B e l l e v u e: „Der Kurmärker und die Picarde." Genrebild 1 Akt. Hierauf: „Rococco, oder: Alte und neue Zeit." Ballet 2 Tableaux. Dann: „Das Fest der Handwerker." Posse 1 Akt. Zum Schluß: „Achtzehn Mädchen und kein Mann." Operette 1 Akt. **Montag**: E l y s i u m: Dieselbe Vorstellung. B e l l e v u e: „Die Schauspieler des Kaisers." Schausp. 3 Akten.

— Das bevorstehende 50jährige Direktions-Jubiläum des Herrn Ch. Maurice (Thalia-Theater in Hamburg) wird nicht nur in der deutschen, sondern auch in der Künstlerwelt des Auslandes gefeiert werden. Nicht nur die größte Zahl der deutschen Theater, auch die vorzüglichsten fremden Bühnen werden bei dem großen und seltenen Feste durch ihre Leiter und Vorstände vertreten sein und Hamburg wird in den ersten Tagen des Oktober die berühmtesten Namen der Bühnenwelt in seinen Mauern vereinigt finden. Bis jetzt haben dem „Hamburger Fr.-Bl." zufolge nachstehende Berliner Persönlichkeiten ihre Anwesenheit zugesagt: Herr von Strantz, Direktor der königl. Oper in Berlin, ferner die Direktoren Emil Hahn, Lebrun und Engel. Die Schriftsteller werden vertreten sein durch Hugo Bürger, Spielhagen, Paul Lindau, Geheimrath Oechelhäuser, Adolf L'Arronge, Jacobson, Julius Stettenheim, Franz von Schönthan, G. von Moser ꝛc. Als Vertreter der Bühne werden erscheinen: Frau Gräfin Prokesch-Osten (Friederike Goßmann), Marie Seebach, Minona Frieb-Blumauer, Karl Porth, E Koberstein, Siegwart Friedmann, Friedrich Haase, Anton Anno, Hermann Butterweck, Aug. Neumann, H. Reinhard, Th. Reusche, Ernestine Wegner, Franziska Ellmenreich, Eugen Staegemann, Karl Salomon, Th. Lobe, Gustav Kober, Marie Swoboda, Friederike Bognar-Jacobi ꝛc. ꝛc. Außerdem haben fast alle deutschen Theater-Intendanten und sehr zahlreiche Direktoren ihr Erscheinen zugesagt.

Vermischtes.

— (Poesie in dreifacher Verdünnung.) Ein russischer Dichter, W. Kurotschkin, sandte neulich der Redaktion des Petersburger Journals „Otgoleski" („Das Echo") ein Gedichtchen, „Der Wein", welches der Redaktion etwas zu „stark" vorkam und von dieser in veränderter Form der Zensur vorgelegt wurde. Doch auch diese bereits einmal zensurirte Form erschien dem Zensor nicht druckfähig und derselbe veränderte das Gedichtchen wieder nach seiner Art. Die drei Formen des Gedichtchens waren folgende: 1. In seiner ursprünglichen Fassung: „Der Wein. Ich lieb' den Wein. Ertränk' in ihm mein ganzes bürgerliches Streb'n, und sieht es Gott, wie leid ich jetzt, wie schwer mein Kreuz der Duldung sei." 2. In Form der Redaktion: „Der Wein. Ich lieb' den Wein, ertränke nicht in ihm den Schmerz des Bürgers, sondern häuf' den Haß gen elend' Kreatur'n." 3. In der Fassung des Zensors: „Der Wein. Ich lieb' den Wein, ich lieb' ihn sehr, wie Honig süß, wie sanfter Tanz, trink' täglich ein' und — leide nicht die zott'ge Nihilistenbrut." Wahrlich, ein Wein, der so oft „getauft" wurde, kann unmöglich „stark" sein.

— Ein raffinirter Gaunerstreich gelang einem Spitzbuben in Frankfurt: Bei einer angesehenen Familie, deren Sohn auf der Universität Heidelberg studirt, erschien kürzlich ein junger Herr, der sich als Albert von S. . . . aus Köln und Kommilitone des Sohnes einführte, und da er den Angehörigen als solcher aus den Erzählungen des Sohnes wohlbekannt war, auch mit der größten Zuvorkommenheit aufgenommen wurde. Nach vielem Hin- und Widerreden rückte der Herr Student endlich mit der Schreckensbotschaft heraus, daß er im Auftrage des Sohnes hierher gekommen sei, um den Eltern mitzutheilen, derselbe habe sich mit einem andern Studenten in ein Duell eingelassen und dabei das Unglück gehabt, seinen Gegner lebensgefährlich zu verwunden; er sei sodann geflüchtet und zwar, da er ohne Geldmittel sei, vorerst nach der Schweiz; von da aus beabsichtige er mit der Einwilligung und Unterstützung der Eltern nach England zu daselbst ansässigen Verwandten zu reisen. Nachdem der erste Schrecken überwunden war, wurde in einem Familienrathe eingehend berathschlagt, wie dem Flüchtling in unauffälliger Weise die nöthigen Geldmittel übermittelt werden könnten. Vorsicht erschien um so dringender nöthig, als er nach Aussage des Kommilitonen bereits steckbrieflich verfolgt wurde. Endlich erbot sich Letzterer, falls es den Eltern genehm sei, die Geldmittel selbst zu überbringen, da er außerdem als Sekundant des Freundes es für gerathen erachte, selbst eine Zeit lang ins Ausland zu gehen. Der Vorschlag wurde dankend angenommen, und mit einem Geldbetrage von 300 Mark und vielen Segenswünschen der Familie ausgerüstet, reiste er am andern Tage nach der Schweiz ab. Als aber die versprochene Nachricht, welche unter einer bestimmten Chiffre postlagernd eintreffen sollte, nicht erschien, reiste der Herr Papa, von bösen Ahnungen gequält, vor einigen Tagen selbst nach Heidelberg, um sich über den Stand der Angelegenheit zu orientiren. Hier hatte er denn die Freude, seinen Sohn wohlauf und fleißig seinen Studien obliegend anzutreffen. Es stellte sich heraus, daß an der ganzen Duellgeschichte nicht ein wahres Wort war. Auf welche Weise sich der angebliche Freund — den echten Herrn v. S. lernte der alte Herr bei dieser Gelegenheit gleichfalls kennen — Kenntniß von den Familienverhältnissen verschafft hatte, ist noch nicht ermittelt.

Telegraphische Depeschen.

Prag, 29. Juli. Der Leiter der Statthalterei, FML. v. Kraus, ist heute Nachmittag nach Wien abgereist.

In der wegen der ersten Studentenexzesse gegen die Verbindung „Carolina" eingeleiteten Untersuchung ist der Techniker Prochaska wegen Auflaufs zu 14tägigem Arrest verurtheilt worden.

Paris, 30. Juli. Die „Agence Havas" meldet: Nachrichten aus Tunis von heute zufolge ist daselbst das Gerücht verbreitet, daß einige französische Soldaten nach der Einnahme von Sfäkes einige Häuser in dem europäischen Quartier und darunter Konsulatsgebäude geplündert hätten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die französische Regierung Untersuchung und strenge Bestrafung der Schuldigen bereits befohlen hat, falls die Thatsachen sich bestätigen. Man glaubt, daß General Logerot sich zur Feststellung dieser Thatsachen nach Sfäkes begeben habe.

Petersburg, 30 Juli. Der „Regierungsbote" veröffentlicht folgendes Telegramm des Ministers des Innern, Ignatiew, aus Moskau vom 29. Juli: Der Kaiser ist mit Allerhöchst seiner Familie heute Morgen in Moskau eingetroffen, von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Während der Entgegennahme von Salz und Brod vom Moskauer Stadthaupt geruhte der Kaiser folgende Ansprache zu halten: Nach der großen Trauer, welche mich, meine Familie und ganz Rußland erschütterte, schätze ich mich glücklich, endlich meinen Herzenswunsch ausführen zu können, indem ich die alte, erste Residenz besuche. Herzlich danke ich Ihnen für den mir, der Kaiserin und unseren Kindern bereiteten treuherzigen Empfang. Mein seliger Vater hat Moskau mehr denn einmal für seine Ergebenheit gedankt. Moskau diente stets als Beispiel für ganz Rußland. Ich hoffe, daß es das auch in Zukunft bleibe. Wie früher so auch jetzt bezeugt Moskau, daß in Rußland Herrscher und Volk ein einmüthiges, festes Ganzes bilden.

Konstantinopel, 29. Juli. Die türkischen Journale veröffentlichen im Anschluß an ein Resumé über die Verhandlungen in dem Prozesse wegen der Ermordung des Sultans Abdul Aziz eine offizielle Mittheilung, in welcher es heißt: Mahmud Damat Pascha und Nuri Damat Pascha hätten die Ermordung des Sultan Abdul Aziz in Folge eines kaiserlichen Irades eingestanden und die kaiserliche Gnade angerufen. In Folge hiervon sei ein außerordentlicher großer Rath zusammenberufen worden, welcher nach Prüfung der Suppliken der Genannten und nach Konstatirung der Existenz des erwähnten kaiserlichen Irades einstimmig die Umwandlung der gegen die Angeklagten erkannten Strafen beschlossen habe. Auf Grund dieses Beschlusses und konform dem Irade des Sultans Abdul Hamid seien die Verurtheilten sämmtlich gestern nach Taif bei Mekka befördert worden.